

presse

Hilfefonds muss zügig kommen

Anlässlich des heutigen Bilanztreffens der Bundesregierung zur Umsetzung des Abschlussberichts des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ erklären die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler und die familienpolitische Sprecherin Caren Marks:

Die Umsetzung des Abschlussberichts kommt nur schleppend voran. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Hilfefonds endlich starten will, der bereits Ende 2011 angekündigt war. Betroffene erwarten hier zu Recht eine Lösung und kein Gerangel zwischen Bund und Ländern.

Das bislang nicht umgesetzte Hilfesystem soll für Missbrauchsoffer zur Verfügung stehen, die derzeit von den sozialen Hilfesystemen keine oder keine ausreichenden Leistungen erhalten. Beispielsweise sollen aus dem Fonds zusätzliche Therapiestunden oder Fahrtkosten zu Treffen von Selbsthilfeorganisationen finanziert werden.

Bei dem Thema Verjährungsfristen im Straf- und Zivilrecht verschleppt die Regierungskoalition die Umsetzung. Das Gesetz der Bundesregierung, das die Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs stärken soll, liegt seit fast zwei Jahren im Bundestag brach. Schwer traumatisierte Betroffene sind oftmals erst im Erwachsenenalter in der Lage, Strafanzeige zu stellen oder Klage einzureichen und stellen dann oft fest, dass die Straftaten bereits verjährt sind. Daher sehen wir auch hier dringenden Handlungsbedarf.